

Die Volksbanken Raiffeisenbanken in Sachsen-Anhalt präsentieren die Börse

BÖRSE		
Xetra-DAX Schlusskurse (EURO)		
	26.02.	25.02.
Adidas	43,62	43,80
Allianz	121,53	118,06
BASF	86,55	85,02
Bayer	54,04	53,18
BMW	37,41	36,36
Commerzbank	20,99	20,19
Continental	68,38	66,59
DaimlerChrysler	57,14	55,55
Deutsche Bank	77,45	75,29
Deutsche Börse	115,01	116,49
Deutsche Post	22,57	22,55
Deutsche Postbank	66,51	65,23
Deutsche Telekom	13,07	12,96
E.ON AG	126,25	127,83
Fresenius Med. Care	35,30	35,03
Henkel	30,56	30,47
Hypo Real Estate	19,27	18,31
Infinion Techno	5,44	5,35
Linde	89,50	87,62
Lufthansa	16,14	15,24
MAN	91,94	90,01
MERCK	83,91	83,65
Metro	56,58	55,67
Münch. Rückvers.	119,37	118,42
RWE	80,32	80,58
SAP	32,46	32,22
Siemens	90,95	88,70
ThyssenKrupp	39,21	37,06
TUI	16,28	15,75
VW	150,47	150,00
Dow-Jones-Index	12658,79	12416,10
MDAX	9493,79	9334,69
SDAX	4845,97	4756,65
TeCDAX	823,81	815,72
Nikkei-Index	13824,72	13914,57
TeCDAX (EURO)		
ADVA	2,13	2,13
Aixtron AG	9,23	9,03
AT & S Austria Tech.	11,21	11,39
BB Biotech	49,88	48,62
BB MEDTECH	36,22	36,26
BECHTLE	21,35	21,22
Carl Zeiss Med	9,60	9,58
CENTROTHERM	54,13	52,97
Conergy	15,66	16,20
Drägerwerk	39,00	38,50
EPCOS AG	10,04	9,76
Ersol Solar Energy	64,91	64,14
Freenet	13,08	13,11
IDS Scheer AG	11,23	11,07
Kontron AG	11,22	11,33
MORPHOSYS	47,37	45,00
Nordex	26,01	25,45
Pfeiffer Vacuum	60,00	59,80
Q-Cells	62,76	62,62
Qiagen NV	14,70	14,52
QSC	2,03	1,96
Rofin Sinar Tech	26,99	26,00
Singular Technol.	10,49	10,61
Software AG	51,00	49,84
Solarworld	33,15	33,00
Solon	53,40	54,69
Tele Atlas	27,44	27,28
Utd. Internet AG	13,22	13,13
VERSA TEL	19,89	19,86
WIRE CARD	11,67	11,61
Umlaufrendite		
	3,97	3,93
Gewinner* (Auswahl)		
ProSiebenSAT.1 Media	15,22	+ 8,95
PUMA	245,89	+ 3,94
Lufthansa	16,14	+ 5,91
ThyssenKrupp	39,21	+ 5,80
MORPHOSYS	47,37	+ 5,27
HYPO REAL ESTATE	19,27	+ 5,24
Verlierer* (Auswahl)		
Arcandor	12,43	- 3,94
WACKER CHEMIE	146,91	- 3,49
CONERGY	15,66	- 3,33
ADVA	53,40	- 2,36
IDS Scheer AG	11,23	- 2,29
Pfeifferer AG	15,21	- 2,19
Reisetausch (EURO) Ankauf Verkauf		
USA 1 USD	0,657	0,689
USA 1 GBP	1,288	1,368
Schweiz 100 CHF	60,672	63,163
Dänemark 100 DKK	14,259	14,223
Schweden 100 SEK	10,225	11,325
Devisenkurs** (für 1 EURO) Geld Brief		
USA USD	1,4842	1,4902
Großbrit. GBP	0,7530	0,7570
Kanada CAD	1,4729	1,4849
Schweiz CHF	1,6146	1,6186
Dänemark DKK	7,4351	7,4751
Japan YEN	160,2500	160,7300
** Abweichungen möglich, keine Einheitskurse mehr		
Metallkurse (EUR/100 kg)		
Blei in Kabeln: 239,34 Kupfer (DEL-Notiz): 565,02		
572,29; Metallnotierung Kupfer (MK): 620,85;		
Messingpreis MP 58: 465,00; Zinn 99,99%: 1192,56;		
1194,25; Aluminium 99,97%: 193,77; 193,84;		
Gold 1,0 Kilogramm (999,9 fei): 20.200,00 EUR		
Schlusskurse im XETRA-Handel am Dienstag, 17.30 Uhr/Angaben ohne Gewähr; (* aus DAX, MDAX, TeCDAX); ** Vortagswerte		
Ersch.: Cicero Fotostatz GmbH		

In der Arbeitsmarktförderung soll der Schwerpunkt auf Qualifizierung gelegt werden

Land will Unternehmen bei Facharbeiternachwuchs helfen

Magdeburg (ddp). Das Land Sachsen-Anhalt setzt angesichts des drohenden Fachkräftemangels in der Arbeitsmarktförderung auf eine umfassende Qualifizierung. Wirtschaftsminister Reiner Haseloff (CDU) sagte gestern nach der Kabinettsitzung, die

Betriebe seien zwar selbst verantwortlich für die Sicherung ihres Facharbeiternachwuchses, die demografische Entwicklung verschärfe das Problem allerdings derart, dass sich auch das Land zu unterstützenden Aktivitäten aufgefordert sieht.

Im Programm des Europäischen Sozialfonds stünden Sachsen-Anhalt von 2007 bis 2013 rund 500 Millionen Euro für Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Ausbildungsprogramme zur Verfügung. Gegenwärtig würden aus diesem Fonds 15 Programme fi-

nanziert. Schwerpunkt sei angesichts des drohenden Fachkräftemangels die Förderung von Ausbildung und Qualifizierung, die berufliche Eingliederung junger Hoch- und Fachschulabsolventen sowie eine Vielzahl von Aktivitäten gegen die Abwanderung.

Besonders deutlich wird der Fachkräftemangel bei Technikberufen mit akademischer Ausbildung sowie bei Meistern und Technikern, hieß es weiter. Allein in Sachsen-Anhalt gibt es nach Angaben der Landesregierung fast 450 freie Ingenieurstellen.

Sachsen-Anhalts Bauminister Daehre: Problem des Wohnungsleerstandes noch längst nicht gelöst

Ost-Länder fordern Fortführung des Stadtumbau-Programms



Stadtumbau Ost: Noch dominiert der Abriss von Wohnungen.

Foto: Frank Schütze

Stadtumbau Ost. Mit Hinblick auf die stetig sinkende Einwohnerzahl in den neuen Bundesländern sollte mit dem Projekt der fortschreitende Wohnungsleerstand gestoppt werden. Das nicht ohne Erfolg. Wie geht es nun weiter? Wird das im Jahr 2002 gestartete und bald auslaufende Programm über 2009 hinaus verlängert? Die Ost-Länder wollen das unbedingt.

an marode Wohnungsbestände gelegt hat. Seit dem Start des Projekts im Jahr 2002 wurden in den drei Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen insgesamt mehr als 150 000 Wohnungen zurückgebaut. Spitzenreiter ist Sachsen: Dort beteiligten sich bisher an dem Förderprogramm 122 Städte und Gemeinden. 77 000 Wohneinheiten wurden zurückgebaut. In Sachsen-Anhalt mussten rund 45 000 Wohnungen in insgesamt 58 Kommunen dem Bagger weichen. Schlusslicht ist Thüringen. Im Freistaat beteiligten sich 70 Orte, in denen insgesamt 30 300 Wohnungen vom Markt verschwanden.

Ende 2009 sollte das Programm eigentlich auslaufen. Bis dahin will das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen insgesamt 2,5 Milliarden Euro für alle neuen Bundesländer ausgereicht haben, um neben dem dauerhaften Rückbau von Wohnungen auch die nachhaltige Aufwertung und Stabilisierung von Stadtquartieren zu unterstützen.

Sachsen-Anhalts Bauminister Karl-Heinz Daehre (CDU) blickt auf die fünf-Jahres-Bilanz und merkt, dass der Freistaat am kräftigsten Hand

MELDUNGEN

VW-Prozess: Beide Seiten legen Revision ein

Braunschweig (dpa). Nach den Urteilen gegen den früheren VW-Betriebsratschef Klaus Volkert und Ex-Personalmanager Klaus-Joachim Gebauer hat die Verteidigung für beide Revision eingelegt. Das teilte das Braunschweiger Landgericht mit. Auch die Staatsanwaltschaft habe im Fall von Volkert Revision beantragt. Volkert war wegen seiner Verwicklung in die VW-Affäre um Schmiergeld und Lustreisen für Betriebsräte zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und neun Monaten verurteilt worden. Für Gebauer lautet das Urteil: ein Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung. Eine Vollstreckung der gegen Volkert verhängten Freiheitsstrafe wird es erst geben, wenn das Urteil rechtskräftig ist.

PIN kündigt deutlichen Arbeitsplatzabbau an

Köln (ddp). Der angeschlagene Briefdienstleister PIN hat einen deutlichen Abbau von Arbeitsplätzen angekündigt. In den kommenden Wochen würden bei den meisten der insolventen Tochtergesellschaften „in größerem Ausmaß Arbeitsplätze abgebaut“ werden, teilte das Unternehmen mit bundesweit rund 9000 Beschäftigten gestern in Köln mit. Dies seien für die Sanierung notwendige Schritte. 37 von 91 PIN-Gesellschaften haben Insolvenz angemeldet. Weitere Insolvenzen seien nicht auszuschließen.

Lufthansa verdient fast 1,4 Milliarden Euro

Frankfurt/Main (dpa). Die Deutsche Lufthansa hat im Geschäftsjahr 2007 einen operativen Gewinn von knapp 1,4 Milliarden Euro erreicht. Damit habe die Fluggesellschaft ihr Ergebnis deutlich übertrafen, teilte das Unternehmen auf Grundlage vorläufiger Zahlen mit. Im Vorjahr lag das operative Ergebnis bei 845 Millionen Euro. Der Umsatz stieg binnen Jahresfrist von 19,8 auf 22,4 Milliarden Euro.

Staatsvertrag über Oder- und Neißeburgen

Frankfurt (Oder) (ddp). Die marode Eisenbahnbrücke über die Oder bei Frankfurt (Oder) wird durch einen Neubau ersetzt. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) und sein polnischer Amtskollege Cezary Grabarczyk schlossen gestern den deutsch-polnischen Staatsvertrag zum Bau sowie zur Instandhaltung der 13 Bahnbrücken über Oder und Neiße. Über das alte Viadukt durften Züge seit Monaten nur noch eingeleistigt und mit Tempo 50 fahren. Die Brückenpfeiler stammten noch aus der Zeit um 1870, der Überbau war zuletzt 1951 erneuert worden. Die neue Brücke soll im Dezember übergeben werden. Die Investitionskosten werden auf rund 25 Millionen Euro beziffert.

VW-Betriebsrat attackiert Porsche

Wolfsburg (dpa). Der Betriebsrat von Volkswagen hat Großaktionär Porsche scharf attackiert. Was als Zusammenwachsen von zwei der wichtigsten deutschen Industrieunternehmen begonnen habe, werde langsam aber sicher zu einer „feindlichen Übernahme“, sagte VW-Betriebsratschef Bernd Osterloh gestern auf einer Betriebsversammlung in Wolfsburg vor mehr als 20 000 Beschäftigten. Schon die Namensgebung der neuen Dachgesellschaft mache dies deutlich: „Porsche Automobilholding SE“. Osterloh: „Ich meine, es müsste eigentlich zumindest „Volkswagen und Porsche Automobilholding SE“ heißen.“

Privates Sicherheitsgewerbe Tarifgespräche gescheitert

München (dpa). Die Tarifverhandlungen im privaten Sicherheitsgewerbe sind nach Angaben der Arbeitgeber gescheitert. Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi habe den ausgehandelten Mindestlohn-Tarifvertrag abgelehnt, obwohl er in einzelnen Bundesländern Lohnerhöhungen um bis zu 37,5

Prozent bedeutet hätte, erklärte der Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen (BDWS). In Rheinland-Pfalz/Saarland wie auch in allen ostdeutschen Ländern war ein Mindestsatz von 5,75 Euro angeboten worden. Verdi gab zunächst keine Stellungnahme ab.

Ifo-Geschäftsklimaindex Stimmung hellt sich auf

München (dpa). Die Stimmung in der Wirtschaft hat sich trotz der Risiken für die Weltwirtschaft überraschend aufgehellt. Der Ifo-Geschäftsklimaindex stieg im Februar von 103,4 auf 104,1 Punkte. „Insgesamt befindet sich die gewerbliche Wirtschaft in einer robusten Verfassung“, sagte Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn gestern in München. Dennoch zeichne sich eine konjunkturelle Abkühlung ab, da die Unternehmen mit Blick auf die kommenden Monate etwas vorsichtiger geworden sind.

Der Geschäftsklimaindex gilt als wichtigster Frühindikator der deutschen Wirtschaft. Das Ifo-Institut befragt monatlich rund 7000 Unternehmen aus Industrie, Bauwirtschaft, Groß- und Einzelhandel nach ihren Einschätzungen zur derzeitigen Geschäftslage und ihren Zukunftsaussichten.

Konzern baut weltweit 6800 Arbeitsplätze ab / Käufer für Kommunikationsparte gesucht

Siemens-Werk in Leipzig vorerst gerettet

München (dpa/ddp). Siemens baut in seiner kriselnden Kommunikationssparte SEN tausende Arbeitsplätze ab. Der Bereich soll dadurch attraktiver für einen Käufer werden. Allein in Deutschland will Siemens bis zu 2000 Arbeitsplätze streichen und sich von weiteren 1200 Stellen durch Verkäufe und Partnerschaften trennen. Weltweit sind 6800 von 17 500 Arbeitsplätzen betroffen.

In Deutschland sollen das SEN-Werk in Leipzig mit derzeit rund 530 eigenen Mitarbeitern sowie das Nachrichtenkaufgeschäft mit rund 60 Mitarbeitern verkauft „oder in Lösungen mit Dritten eingebracht werden“. Nach Einschätzung des Konzerns hat das Telefonwerk in Leipzig in den nächsten Jahren in jedem Fall eine Zukunft. Eine Schließung werde es mit Sicherheit nicht geben. Laut Branchenkreisen steht das Werk auch wegen einer Vereinbarung zwischen Siemens und Sachsens Landesregierung nicht zur Disposition. Demnach sollen die Münchner als Gegenleistung für Subventionen eine Jobgarantie abgegeben haben.

Die IG Metall kritisierte das Fehlen eines Gesamtkonzepts. „Nur Personal abbauen und verkaufen ist verantwortungslos“, sagte Bayerns IG-Metall-Chef Werner Neugebauer.

Im Leipziger Siemens-Werk prüfen die Mitarbeiterinnen Yvonne Krug (l.) und Carmen Domnik fertiggestellte Geräte.

Foto: dpa

Auch im Vergleich zum Vorjahr verlangsamte sich das Wachstum: Im vierten Quartal 2007 stieg das preisbereinigte BIP mit 1,6 Prozent deutlich schwächer als in den ersten drei Quartalen. Im Gesamtjahr wuchs die deutsche Wirtschaft um 2,5 Prozent.

Wiesbaden (dpa). Die Verbraucher haben der deutschen Wirtschaft zum Jahresende 2007 einen Dämpfer verpasst – und Ökonomen befürchten auch in diesem Jahr ein Anhalten der Konsumflaute. Zwar legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Oktober bis Ende Dezember erneut zu: um real 0,3 Prozent im Vergleich zum Vorquartal, wie das Statistische Bundesamt gestern mitteilte. Das Tempo des Wirtschaftswachstums nahm jedoch vor allem wegen des schwachen privaten Konsums deutlich ab. Im dritten Quartal 2007 war das BIP noch um 0,7 gewachsen.